

Presseinformation

Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein (VEK): Jeder Euro weniger beschleunigt den Kita-Kollaps!

Rendsburg, 18.01.10. „Im Kita-Bereich stehen wir in Schleswig-Holstein kurz vor dem Kollaps. Jeder Euro weniger, den wir in diesem Lande für Kitas ausgeben, beschleunigt den Prozess“, beschreibt VEK-Geschäftsführer Markus Potten die aktuelle Situation.

Der VEK kritisiert daher die jüngsten Kürzungsvorschläge der CDU: Sie will das Geld für das beitragsfreie dritte Kitajahr einsparen. „Zurzeit fallen anscheinend die Tabus, nach dem Motto: Gespart werden muss überall. Im Kitabereich gibt es aber nichts mehr zu sparen“, so Potten: „Im Gegenteil: Die Kitas in Schleswig-Holstein sind schon jetzt chronisch unterfinanziert. Jeder Euro, der dem Kitabereich weggenommen wird, seien es Ermäßigungen der hohen Elternbeiträge oder andere Mittel, schwächt das System. Wir brauchen stattdessen mehr Finanzressourcen für den Kitabereich.“

Der Städteverband hatte unlängst damit begonnen, die mühsamen Fortschritte des Landes im Kitabereich zur Disposition zu stellen, indem er den Ausbau der Angebote für unter Dreijährige massiv in Frage gestellt hat – trotz der vorhandenen und längst nicht ausgeschöpften Bundesmittel.

Dabei steht Schleswig-Holstein im Ländervergleich sowieso schon schlecht da: Die Elternbeiträge liegen an der Spitze, die öffentlichen Mittel für den Kitabereich ganz am unteren Ende der Skala. „Wenn wir in den Kitabereich nicht massiv investieren, werden wir den Kreislauf von Armut, geringeren Bildungschancen und Strukturschwäche nicht durchbrechen sondern weiter zementieren“, so Potten. Dies könne nicht die politische und wirtschaftliche Perspektive sein, die das Land für seine Bürger anstrebe.

„Die aktuelle rückschrittliche Kitapolitik, die hier anscheinend eingeleitet werden soll, sorgt jedenfalls jetzt bereits für eine breite Verunsicherung bei den Eltern, in den Kitas und bei den Trägern“, stellt Potten fest. „Was wir brauchen, sind andere Signale, nämlich solche Signale, die Familien und jungen Paaren Mut zu Kindern machen!“

Der Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein e.V. (VEK) vertritt die Interessen von rund 600 Kindertageseinrichtungen in evangelischer Trägerschaft im Lande. Die evangelischen Einrichtungen sind mit insgesamt etwa 32.000 Kita-Plätzen marktführend in Schleswig-Holstein. Der VEK ist Fachverband des Diakonischen Werkes und zugleich eigenständiger Verband innerhalb der Nordelbischen Kirche.

Mehr Infos:

Markus Potten, VEK-Geschäftsführer

Tel. (0 43 31)593-171, Fax (0 43 31)593-296, Email: vek-rendsburg@diakonie-sh.de

Angelika Wurth, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (0 43 31)593-1 74, Fax (0 43 31)5 93-2 96, Email: vek-wurth@diakonie-sh.de

Landeszeitung - Montag, 18.01.2010

CDU stellt gebührenfreies drittes Kita-Jahr in Frage

Fraktionschef Christian von Boetticher: „Keine Tabus beim Sparen“ / Scharfe Kritik von SPD und Grünen
kiel

Der Sparkurs der Koalition von CDU und FDP nimmt Konturen an. Selbst die erst seit Sommer 2009 geltende Gebührenbefreiung für das dritte Kindergartenjahr könnte kippen. „Es gibt keine Tabus“, sagte der CDU-Fraktionschef im Landtag, Christian von Boetticher, der Wochenzeitung Schleswig-Holstein am Sonntag. „Deshalb stehen auch die Kita-Gebühren auf dem Prüfstand.“

30 Millionen Euro kostet die Gebührenbefreiung das Land jedes Jahr. Niemand bestreite zwar, dass diese Leistung wichtig sei, sagte von Boetticher. Wenn Schleswig-Holstein aber Solidarbeiträge anderer Länder verlange, „können wir nicht teure Leistungen anbieten, die etwa Hessen seinen Bürgern nicht finanziert“.

Von Boetticher signalisierte zugleich, dass auch der Landtag einen Beitrag zum Sparen werde leisten müssen. Er könne sich kaum vorstellen, dass das Parlament sich aus seiner Verantwortung stiehlt, wenn die Regierung harte Sparprogramme auf den Weg bringt. „Da werden Parlament und auch die Fraktionen sich beteiligen müssen.“ Zuletzt hatte die Aufstockung der Fraktionskostenzuschüsse um 1,2 auf 5,4 Millionen Euro jährlich für Kritik gesorgt.

Begründet worden war dies mit der bei der Wahl im September von 69 auf 95 gewachsenen Zahl der Abgeordneten. Vor fünf Jahren war der Landtag von 89 auf 69 Abgeordnete geschrumpft – die Fraktionsfinanzierung war dennoch annähernd gleich geblieben.

Umweltministerin Juliane Rumpf (CDU) hatte in der vergangenen Woche bereits Einsparungen bei der Ausstattung des freiwilligen ökologischen Jahres (FöJ) angekündigt. Die bisherige Landesförderung dieses Projekts soll um 500 000 auf 800 000 Euro sinken. SPD, Grüne und Linke kritisierten den Beschluss. Der Rechnungshof hatte zuvor festgestellt, dass kein anderes Bundesland das FöJ so luxuriös ausstattet wie Schleswig-Holstein.

SPD-Chef Ralf Stegner kritisierte die Überlegungen aus der Union scharf. „Jetzt ist die schwarz-gelbe Katze aus dem Sack“, sagte er. „Die Landesregierung will bei Kindern und Umweltschutz sparen. Anstatt mehr Gerechtigkeit über beitragsfreie Betreuung und Bildung zu sorgen, will die Landesregierung das kostenfreie Kita-Jahr wieder abschaffen. Statt mehr in Klima- und Umweltschutz zu investieren, wird wieder genau an dieser Stelle gespart. Eine solche Politik zerstört Perspektiven und verfolgt keinen voraus denkenden Ansatz.“

Auch die Grünen wandten sich gegen Kürzungen im Bildungsbereich. „Jetzt sollen die Eltern den Preis für die schwarz-gelben Steuersenkungen bezahlen“, sagte die Finanzpolitikerin Monika Heinold unserer Zeitung und sprach von „völlig verfehlter Politik“. Schuldenbremse und Bildungschancen dürften kein Gegensatz sein. Beim FÖJ müssten alle Plätze erhalten bleiben.

Peter Höver

Michael Kluth

TOP-THEMA

VERSENDEN | DRUCKEN

Sparplan der Landesregierung

"Wer glaubt, sparen zu können ohne weh zu tun, liegt falsch"

17. Januar 2010 | Von Peter Höver, Schleswig-Holstein am Sonntag

Schleswig-Holstein muss sparen. Tabu ist dabei auch die Gebührenbefreiung im Kita-Bereich nicht, wie Christian von Boetticher, CDU-Fraktionsvorsitzender im Kieler Landtag, deutlich macht.



+ Vergrößern

◀ 1 von 2 ▶

Christian von Boetticher

Herr von Boetticher, was lässt Sie derzeit mehr Zittern - die Minusgrade draußen oder die Aussicht, dass CDU und FDP demnächst womöglich mit nur noch einer Stimme Mehrheit regieren müssen?

Ich habe weder mit dem einen ein Problem, noch hätte ich eines mit dem anderen. Wenn die Koalition nach der jetzt beschlossenen Stimmauszählung in einem Husumer Wahlbezirk nur einen Sitz Vorsprung vor der Opposition hätte, würde das an ihrer Entschlossenheit, dieses Land zukunftsfähig zu machen, nichts ändern.

Es könnte noch schlimmer kommen. Einer der Ihren scheidet aus dem Landtag aus, das Mandat darf nicht nachbesetzt werden - Patt im Parlament. Und dann?

Nun hören wir doch auf mit solchen Spekulationen. Die Frage stellt sich dann, wenn es soweit ist. Ich habe bisher keine Anhaltspunkte dafür, dass sich an dem festgestellten Wahlergebnis etwas ändern wird. Wenn der von Ihnen beschriebene Fall wirklich eintritt, dann setzen wir uns zusammen und sehen wie es weitergehen soll. Einstweilen gibt es dazu keinen Grund...

...und offenbar auch keine Berührungängste, einen weiteren Koalitionspartner wie Grüne oder SSW mit ins Boot zu nehmen.

Berührungängste kenne ich weder zu den Grünen noch zum SSW. Wer an Fortschritten für dieses Land interessiert ist, der findet mich aufgeschlossen. Ich habe das Gefühl, dass mit den Grünen unter ihrer neuen Führung und mit einer Reihe neuer Köpfe zumindest Interesse an einer konstruktiven Arbeit besteht.

Apropos Regieren: Viel haben wir von dieser Regierung noch nicht gehört - außer, dass es ein

prima Klima gibt. Wann geht es an die Arbeit?

Jedenfalls ist eine gute Arbeitsatmosphäre Voraussetzung für ordentliche Arbeit. Dauerstreit, wie wir ihn mit der SPD erlebt haben, ist kontraproduktiv. Es wird doch auch gearbeitet. Die Entscheidungen, die noch in diesem Jahr nötig sind, um auf einen Konsolidierungspfad zu kommen, werden so weit reichend sein und so viel Widerstand auslösen, dass sorgsame Vorbereitung nötig ist.

Sie sehen schon die Demonstrationen im Regierungsviertel marschieren?

Wer glaubt sparen zu können, ohne weh zu tun, liegt falsch. Wir werden darauf achten, dass Einschnitte nicht einseitig erfolgen und irgendeine Klientel verschonen. Uns geht es darum, dieses Land wieder zukunftsfähig zu machen. Davon profitieren alle.

Sie meinen, sie bekämen die hohe Neuverschuldung allein durch Sparen bis 2020 in den Griff und auf Null gedrückt.

Das habe ich nicht behauptet. Selbst wenn wir 5600 Stellen im Landesdienst streichen und an Leistungen des Landes herangehen werden, werden wir dieses Ziel ohne zusätzliches Wachstum und damit Einnahmen nicht erreichen. Tarifabschlüsse, die oberhalb von ein bis zwei Prozent liegen, würden maßgebliche Sparanstrengungen schon wieder zunichte machen. Wir sind bereits jetzt auf Hilfen des Bundes etwa bei Infrastrukturrentscheidungen angewiesen. Darum war es richtig, dass der Ministerpräsident den Konflikt um das Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit dem Bund nicht überzogen hat.

Mit einer Altschuldenregelung für Bund, Länder und Kommunen ist die Vorgängerregierung gescheitert...

Was wir bedauern.

Was halten Sie von einem neuen Versuch, wie ihn SPD-Fraktionschef Ralf Stegner vorschlägt.

Das wäre eine Möglichkeit. Nur werden wir den Altschuldenfonds nie bekommen, wenn das Land seine Spielräume für Einsparungen nicht konsequent nutzt. Ich kann doch niemandem erklären, warum Schleswig-Holstein Leistungen anbietet, die sich etwa Hessen nicht leistet.

Konkret. Die Gebührenbefreiung im Kita-Bereich, Kosten: 30 Millionen Euro.

Es gibt keine Tabus! Deshalb stehen selbstverständlich auch die KiTa-Gebühren auf dem Prüfstand. Niemand bestreitet, dass diese Leistung wichtig ist. Auch ich tue das nicht. Wenn Schleswig-Holstein aber Solidarbeiträge anderer Länder verlangt, können wir nicht teure Leistungen anbieten, die andere ihren Bürgern nicht finanzieren.

Muss auch der Landtag sparen?

Ich kann mir kaum vorstellen, dass das Parlament sich aus seiner Verantwortung stiehlt, wenn die Regierung harte Sparprogramme auf den Weg bringt. Da werden Parlament und auch die Fraktionen sich beteiligen müssen.

Wie geht der Sparkurs zusammen mit den Steuersenkungsversprechen ihres Koalitionspartners FDP im Bund?

Veränderungen im Steuerrecht und in den Steuertarifen heißen nicht gleich massive Steuerentlastungen. Das hat auch die Bundeskanzlerin diese Woche noch einmal bekräftigt. Klar ist auch: Was der Bund hier macht, muss machbar bleiben für finanzschwache Länder wie

Schleswig-Holstein. Das heißt, es muss eine Vollkompensation für Steuerausfälle in den Ländern geben. Sonst ist die Schuldenbremse nicht zu erreichen.

Sie werden abseits dessen aber auch zusätzliche Einnahmen brauchen.

Die können wir erreichen, indem wir für neue Impulse in der Wirtschaft sorgen. Da kann auch der zu Unrecht geschmähte Katalog zur Entbürokratisierung helfen, der unter Federführung von Klaus Schlie zusammengetragen worden ist. Die Arbeit von Schlie war gut - sie ist nur in den meisten Ministerien versackt. Da gehen wir wieder ran.

Bookmarks



[ZURÜCK ZU NACHRICHTEN](#)

Leserkommentare

KLAUS FRANZREB

Sparen

17.01.2010 01:55

Die sollen nicht immer nur vom Sparen reden, sondern auch mal damit anfangen. Und zwar erst einmal mit gutem Beispiel vorangehen und beim Landtag anfangen. Da sind 50% der Mitglieder absolut überflüssig. Und wenn man den MP dann auch noch auf die Insel schickt, sind da pro Jahr schon mal locker 10 Mio über.

KARL-HEINZ LENZ

verloggen

17.01.2010 09:15

Gerade erst hat die CDU das Beauftragtenwesen weiter ausgedehnt um "verdienten" Parteifreunden tolle und saugut bezahlte Posten zu verschaffen, die nun durch neue Kredite finanziert werden müssen, da die Kasse ja leer ist. Sowas ist einfach nur verloggen! Kalle von kalleskoppel.de

FRANK W.

17.01.2010 11:48

Ist denen doch egal

Die Bürger schreiben sich in etlichen Leserkommentaren die Finger wund, diejenigen, die das aber angehen sollte lesen das das nicht. Selbst wenn sie mal vom Bürgewillen Kenntnis bekommen geht ihnen das am Arxxh vorbei. Politiker sind wie Banker, menschenverachtend und "jeder ist sich selbst der Nächste".

OSE JOHANNSEN

17.01.2010 12:52

Sparplan

Also, ich gehe in die Politik. Dort kann man sich zwar kaum vorstellen, dass sich das Parlament aus der Verantwortung stiehlt, aber aber aber... Und Bierfässer anstecken und blöde in die Kamera grinsen kann ich auch!

TIMON HAUSMANN

Scheinheilige Regierung

17.01.2010 13:06

Ein wahrer Alptraum beginnt - eine Menge Leute werden jetzt langsam feststellen, welche Gesellen sie da in die Regierung gewählt haben. Klar, macht die Kinderbetreuung nur gerne teurer, sie ist noch nicht teuer genug! Vergessen sie vielleicht, dass sie nicht nur den Eltern durch höhere KOSTen der Kinderbetreuung etwas nehmen - z.B. Möglichkeiten der eigenen Altersabsicherung (von übrigen Sozialabgaben und gezahlten Steuern mal abgesehen). Sollen Eltern lieber zu HAuse sitzen und Kinder erziehen, weil sie sichj Kitas nicht mehr leisten können? Nehmen sie nicht auch den Kindern viele Chancen? Mit Gleichaltrigen aufzuwachsen, betreut und umsorgt zu werden, wie es berufstätige Eltern es heutzutage gar nicht mehr schaffen? Sie versuchen jetzt eine ganze Generation mit Gewalt kaputtzusparen. Auch wenn es wieder so platt klingt: Für die Großbanken ist Geld da - für die Familien und Kinder nicht. Leider ist da etwas Wahres dran. Oh, liebe Mitbürger, hättet ihr doch lieber etwas anderes zusammengewählt als Harry Potter Carstensen und seine Gurkentruppe. Wenn die folgenden Einschnitte für alle so schmerzlich sein sollen, warum schreit Herr Bötticher dann nicht? Der kann ja ganz ruhig bleiben, sitzt ja am längeren Hebel. Wir, die Eltern in Schleswig-Holstein werden uns dies aber nicht gefallen lassen. Es war schon immer so, dass die Liberal-Konservative Regierung keine zukunftsfähige Politik machen kann. Was ich hier sehe sind Rückschritte. Sparen Sie doch bei Autofahren, Rentnern, Witwen und Waisen, bei CDU-Politikern und FDP-Politikern, aber nicht bei den ELtern der Kinder dieses Landes - den Landeskindern und unserer ZUKunft. WENN MEINE KINDER JETZT VON UNS VERARSCHT WERDEN, DANN VERARSCHEN SIE UNS EINES TAGES AUCH BEI UNSERER RENTE.....

KARL-HEINZ LENZ

17.01.2010 16:49

nicht falsch verstehen

Nicht, dass hier einer was falsch versteht. Unter CDU/FDP werden wir nur arm - unter den Linken verhungern wir auch noch. Kalle von kalleskoppel.de

RICHARD KRAFT

Nichts genaues weiss man nicht

17.01.2010 19:15

Herr von Boetticher sagt nichts, kündigt aber Massnahmen an, die so weitreichend sein und so viel Widerstand auslösen werden, dass gute Vorbereitung notwendig ist. Polizei wird schon einmal aufgerüstet und in Stellung gebracht?? Der hessische Koch hat schon Gedankenspiele in die Welt gesetzt, in denen Zwangsarbeit für Empfänger von Arbeitslosengeld II angekündigt wird. Gedankenspiele hier, Vorbereitungen da, Konkretes wird nicht verraten. Jedenfalls nicht bis zum 9. Mai, denn da sind Wahlen in NRW und Unruhe muss unbedingt vermieden werden, weil sonst die Bundesratsmehrheit fehlt. Danach aber kann's losgehen. Dann können sich die, die nicht genug verdienen schon einmal warm anziehen, wenn sie denn noch Geld für warme Kleidung haben, was nicht wahrscheinlich ist.

Bitte melden Sie sich an, um einen Kommentar zu schreiben. [Anmelden](#)

Pressemitteilung

Nr. 003/2010

Kiel, den 18.01.2010

Pressesprecher Lars Erik Bethge, Tel. 0431-988 1383

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Beitragsfreies Kita-Jahr ist kein Luxus

Der SSW kritisiert die Überlegungen der CDU-FDP- Koalition, das kostenlose dritte Kita-Jahr wieder abzuschaffen. „Es ist niemandem zu vermitteln, dass alle Landtagsfraktionen 2009 das beitragsfreie Kindergartenjahr für bildungs- und sozialpolitisch unentbehrlich hielten und es ein Jahr später wieder eingespart werden soll. Das hinterlässt den unschönen Eindruck, dass es der CDU und der FDP damals nur um die Stimmen der Eltern zur Bundestags- und Landtagswahl ging“, sagt die Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion, Anke Spoorendonk.

"An der Finanzmisere des Landes hat sich im letzten Jahr nichts Grundlegendes gewandelt. Als der Landtag einstimmig das beitragsfreie Kita-Jahr beschloss, gab es schon eine Finanzkrise und das Land stand schon am finanziellen Abgrund. Trotzdem haben alle Fraktionen das Vorhaben unterstützt, weil es eben kein Luxus ist, sondern bildungs- und sozialpolitische Notwendigkeit. Wir fordern die CDU und die FDP auf, nochmals ihre eigenen Landtagsreden aus 2008 und 2009 zu lesen. Darin werden sie alle Argumente dafür finden, dass sie diesen absurden Plan umgehend wieder von ihren Einsparlisten streichen müssen."

Presseinformation

Nr. 11/10

Kiel, 18. Jan. 2010

Mathis Balz

Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit

**DIE LINKE Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag**
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Die KiTa-Plätze müssen beitragsfrei bleiben.

Kiel. Angesichts der angespannten Haushaltslage fordert die Regierungskoalition von CDU und FDP, es gehören bei Einsparungen alle Leistungen auf den Prüfstand. Christian von Boetticher, Fraktionsvorsitzender der CDU im Kieler Landtag, spricht zwar zunächst nur von einer Prüfung, äußerte sich diesbezüglich aber deutlich: „Es gibt keine Tabus! Deshalb stehen selbstverständlich auch die KiTa-Gebühren auf dem Prüfstand.“

Antje Jansen, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, nennt dies einen Betrug an den Eltern: „Die CDU hat im Wahlkampf mit dem gebührenfreien dritten KiTa-Jahr geworben, und jetzt ist die Regierung keine 100 Tage im Amt und überlegt das gebührenfreie dritte KiTa-Jahr gleich wieder abzuschaffen.“ Diese Pläne gingen zu Lasten von Geringverdienern, sozial Schwachen und Familien mit Migrationshintergrund. „Deshalb darf die Regierung nicht bei der frühkindlichen Bildung sparen“, so Jansen weiter. Die Kosten von 30 Mio. € pro Jahr wären finanzierbar. Hätte die Landesregierung in den Verhandlungen mit der Regierung Merkel Rückgrast bewiesen, dann hätten das Land und die Kommunen jetzt 130 Mio. € mehr in der Kasse.

DIE LINKE fordert, dass der gesamte Kindergartenbesuch beitragsfrei zu gestalten ist und die KiTa-Betreuung von fünf auf acht Stunden täglich ausgeweitet wird.